

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 9. Ordentliche Bundesversammlung 14.-16.11.1997 in der Stadthalle Kassel

Beschluß zum Eurofighter

Stoppt den Eurofighter

Der Frieden in unserem Lande ist gefährdet - nämlich der innere , der soziale Frieden, für dessen Erhaltung an allen Ecken und Enden das Geld fehlt.

Der äußere Frieden ist für die Bundesrepublik Deutschland stabil - eine militärische Bedrohung ist nicht in Sicht - wir sind von Freunden umstellt.

Dennoch beabsichtigt die Bundesregierung, das größte und teuerste Rüstungsprojekt aller Zeiten, den Eurofighter 2000, trotz des breiten gesellschaftlichen Widerstands durchzudrücken. Am 26. November 1997 soll der Bundestag der Anschaffung des Eurofighters zustimmen.

Die Einigung innerhalb der Koalition konnte nur durch teure Taschenspielertricks erreicht werden. Finanzminister Waigel sichert so die Interessen der Bayerischen Rüstungsindustrie DASA und hat die Zustimmung der ehemals liberalen FDP erkaufte, indem der Solidarzuschlag Ost gesenkt werden soll. Dieser Kotau vor der Rüstungsindustrie zu Lasten der sozialen Haushalte muß gestoppt werden.

Das Bundeskabinett hat die Beschaffungsvorlage von Verteidigungsminister Volker Rühle gebilligt, obwohl dort der Gesamtpreis für die Serienanfertigung des Eurofighters verschwiegen wird. Denn nach Berechnungen des Bundesrechnungshofes wird die Zustimmung des Bundestages am 26.11.97 nicht 23 Mrd. DM sondern insgesamt 90 bis 100 Mrd. DM verschlingen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Eurofighter ab. Nicht nur, weil er sicherheitspolitisch ungerechtfertigt, ja überflüssig ist, sondern weil eine ganze Generation von den Folgekosten geknebelt werden wird und die Beschaffung des Kampfflugzeuges zur weiteren Aushöhlung des Sozialstaates führen wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Eurofighter ab, weil Sicherheit in Europa nicht militärisch, sondern durch eine demokratische soziale und ökologische Wirtschaftspolitik gestaltet werden muß. Die Anschaffung von 180 Eurofightern dagegen wird notwendige Abrüstungsschritte im Bereich der Luftstreitkräfte für Jahrzehnte verhindern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ermuntern alle Bürgerinnen und Bürger, den vielfältigen, phantasievollen zivilen Widerstand, der von Friedens- und Menschenrechtsinitiativen in den vor uns liegenden Tagen vielerorts organisiert wird, zu unterstützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich an alle Mitglieder des Deutschen Bundestages mit dem Appell, bei der Abstimmung am 26. 11. 97 nicht der Fraktionsraison sondern dem Gewissen zu folgen!! Das Relikt aus Zeiten des Kalten Krieges muß gestoppt werden!!